

Klodt, Henning

Book Part — Digitized Version

Aus den Fehlern der Vergangenheit nicht gelernt

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Klodt, Henning (1988) : Aus den Fehlern der Vergangenheit nicht gelernt, In: Becker, Johannes M. (Ed.): Eureka: westeuropäische Technologiepolitik im Spannungsfeld wirtschafts- und sicherheitspolitischer Interessen. Protokoll des Marburger Symposiums am 4./5.12.1987, ISBN 3-8185-0027-4, Eigenverlag Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Friedens- und Abrüstungsforschung an der Universität Marburg, Marburg, pp. 24-25

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/1989>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Dr. Henning Klodt

Aus den Fehlern der Vergangenheit nicht gelernt

Auch ich möchte einige kritische Einwände zur EUREKA-Initiative einbringen, dabei allerdings andere Akzente setzen als meine Vorredner. Meine Zweifel richten sich vor allem auf die ökonomischen Erfolgsaussichten der in diesem Rahmen durchgeführten Forschungsprojekte. Doch zuvor noch ein Wort zur politischen Einschätzung von EUREKA: EUREKA geht zurück auf eine Initiative der französischen Regierung aus dem Frühjahr 1985. Im Juli 1985 fand in Paris die erste EUREKA-Ministerkonferenz statt, und auf der zweiten Konferenz im November 1985 in Hannover wurden bereits die ersten zehn Projekte beschlossen. Für europäische Verhältnisse ist das ein gradezu atemberaubendes Tempo. Offenbar hat es sich ausgezahlt, dieses Programm nicht bei der EG-Kommission anzusiedeln, sondern auf eine dezentrale Abwicklung über nationale Institutionen zu setzen. Es sollte anerkannt werden, daß sich EUREKA hinsichtlich des bürokratischen Aufwands bei der Projektdurchführung recht positiv von manchen anderen nationalen und supranationalen Forschungsprogrammen abhebt.

Positiv ist meines Erachtens auch das Prinzip der "variablen Geometrie" zu werten, nach dem der Kreis der Teilnehmerländer nicht auf EG-Mitgliedstaaten beschränkt ist, sondern anderen westeuropäischen Ländern ebenfalls den Zugang zur Forschungsk Kooperation ermöglicht. Blockbildung und Kartellierung gehen oftmals Hand in Hand, und der technische Fortschritt bleibt dabei allzuoft auf der Strecke. Die Öffnung der EUREKA-Initiative über die Grenzen der EG hinaus kann als ein Schritt angesehen werden, einer derartigen Blockbildung entgegenzuwirken.

Doch nun zu den ökonomischen Erfolgsaussichten. Ich möchte meine Kritik in drei Thesen erläutern.

Erstens: Die Neigung, durch eine Intensivierung des internationalen Wettbewerbs den technischen Fortschritt voranzutreiben, scheint bei den für EUREKA verantwortlichen wirtschaftspolitischen Instanzen nicht sehr groß zu sein. Zu Beginn der EUREKA-Verhandlungen stand neben den Beschlüssen über konkrete Einzelprojekte noch der Aspekt der Marktöffnung zwischen den Partnerländern stark im Vordergrund. So heißt es in der Grundsatzklärung von Hannover (November 1985), daß "die Schaffung eines großen homogenen, dynamischen und nach außen offenen europäischen Wirtschaftsraumes" eine entscheidende Erfolgsbedingung für EUREKA sei. Dieser Aspekt ist im Zuge der weiteren Verhandlungen und Konferenzen immer weiter in den Hintergrund gerückt. Besonders kraß sind die Wettbewerbsbeschränkungen im öffentlichen Beschaffungswesen (Telekommunikation), wo nach wie vor leistungsfähige ausländische Anbieter zugunsten heimischer Hoflieferanten diskriminiert werden.

Zweitens: Einige Projekte, die im Rahmen von EUREKA gefördert werden, sind derart marktnah, daß ihre Finanzierung besser ausschließlich den Unter-

nehmen überlassen werden sollte. Zur Illustration mag das Projekt eines Industrieroboters für die Bauwirtschaft dienen, der den vielversprechenden Namen "HERKULES" trägt. Es soll hier nicht bestritten werden, daß die Entwicklung eines fassadenklimmenden, fensterputzenden Roboters ökonomisch durchaus sinnvoll sein kann; aber ob dafür Steuergelder eingesetzt werden sollten, ist doch wohl mehr als fraglich. Wohl gemerkt, diese Kritik trifft nicht alle EUREKA-Vorhaben, beispielsweise nicht das Projekt "EUROTRAC", bei dem der weiträumige Transport von Schadstoffen in die Atmosphäre analysiert werden soll. Hier ist eine rein privatwirtschaftliche Finanzierung weder sinnvoll noch möglich, und es geht um ein grenzüberschreitendes Problem, das eine grenzüberschreitende Lösung verlangt. Bei manch anderen Projekten dagegen ist kaum zu begründen, weshalb für ihre Finanzierung öffentliche Kassen in Anspruch genommen werden.

Drittens: Bei einigen EUREKA-Projekten wird die Tradition nationaler Forschungspolitiken fortgeführt, von vornherein auf umfassende, komplexe Systemlösungen zu setzen, ohne Berücksichtigung der negativen Erfahrungen, die in der Vergangenheit in erschreckender Regelmäßigkeit mit der Förderung industrieller Großprojekte gemacht worden sind. So geht es etwa bei "PROMETHEUS" um die Entwicklung eines elektronischen Leitssystems für den individuellen PKW-Verkehr mit allen dazugehörigen Elementen. Bei derart groß angelegten Konzepten dürfte es ausgesprochen schwierig sein, im Laufe der Bearbeitungszeit auf veränderte technische und wirtschaftliche Bedingungen zu reagieren und die Projektplanung flexibel anzupassen. Zahllose Beispiele, etwa aus der Computerforschung, der Kernforschung oder der Luft- und Raumfahrtforschung, belegen, daß es bei der Förderung industrieller Großprojekte immer wieder zu eklatanten Kosten- und Terminüberschreitungen kommt und daß die ursprünglichen Konzepte auch dann noch unbeirrt weiterverfolgt werden, wenn die Marktchancen längst dahin sind. Derartige Fehlschläge, die den Steuerzahler teuer zu stehen kommen, lassen sich meines Erachtens nur vermeiden, wenn sich die Förderprogramme weniger auf umfassende Systemlösungen und mehr auf einzelne Komponenten beziehen.

Insgesamt möchte ich meine Kritik an der EUREKA-Initiative dahingehend zusammenfassen, daß offensichtlich zu wenig aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt wurde. Wer die technologische Leistungsfähigkeit der westeuropäischen Volkswirtschaften stärken will, sollte auf die Öffnung der Märkte und die Intensivierung des internationalen Wettbewerbs setzen und nicht auf mehr Subventionen. Die zentrale Aufgabe staatlicher Forschungsförderung liegt bei der Grundlagenforschung. Subventionen für die angewandte, marktnahe Industrieforschung dagegen werden allzuoft zur Marktabstottung gegen lästige Außenseiterkonkurrenz mißbraucht, und sie verlagern überdies das wirtschaftliche Interesse der Unternehmen auf das Erlangen von Subventionen statt auf das Erzielen von Markterfolgen. Somit erscheint EUREKA wenig geeignet, die westeuropäischen Länder technologisch voranzubringen.